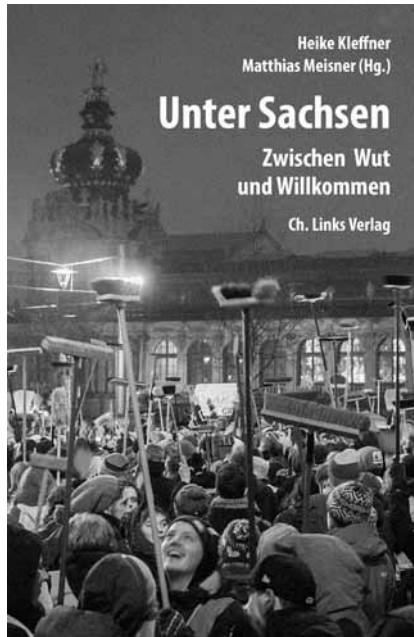


tikern wie Thilo Sarrazin und aus Intellektuellen rund um Götz Kubitschek. Sie alle besitzen ein „heroisch-maskulines Weltbild, gepaart mit Frauenverachtung und Homophobie“. Ihre Gegner\*innen verordnet Weiß in der Liberalität. Deziert stellt er da, mit welchen Strategien versucht wird, die Autoritäre Revolte voranzutreiben. „Offensichtlich ist die Feindschaft gegen den humanistischen Universalismus mittlerweile zum Dreh- und Angelpunkt der globalen Konservativen Revolution [...] geworden“ (Weiß 2017: 265). Das Ziel der beschriebenen Bewegungen verordnet er in einer Autoritären Revolte gegen die Errungenschaften von 1968. Hierbei analysiert er auch den Mythos des Abendlandes, auf den sich fälschlicherweise bezogen wird. Auch bei Weiß wird deutlich, dass das, was wir momentan mit AfD, Pegida, Identitären und anderen Bewegungen erkennen, in der Sache nichts Neues darstellt, sondern vielmehr Traditionslinien vorherrschen, die weit in die Vergangenheit reichen. Gleichzeitig wird bei der Lektüre offensichtlich, wie wichtig es wäre, auf die Errungenschaften und Werte der Aufklärung und des Universalismus zu bestehen und für diese zu kämpfen.

## „Unter Sachsen“

Einen ganz anderen Zugang hat das dritte Buch „Unter Sachsen“, welches einem die Sprache verschlagen kann. Die Dokumentationen der körperlichen und verbalen Gewalt, die diejenigen berichten, die aus den unterschiedlichsten Ländern nach Sachsen gezogen sind, können einen verzweifeln lassen. Auch wenn hier in der Substanz wenig Neues geschrieben wurde, so ist die Zusammenstellung gut gelungen. „Unter Sachsen“ ist ein Herausgeberwerk, welches zu ergründen versucht, warum es gerade in Sachsen eine Zivilgesellschaft so schwer hat und welchen Problemen sie sich zu stellen muss. Gerade die vielfältigen Positionen und Blickwinkel helfen eine eigene Position zu entwickeln. Dieses ist auch notwendig, da keine endgültige Deutung vorgelegt wird, weil es vielleicht auch nicht möglich ist. Die Autor\*innen versuchen zu ergründen, ob das was wir in Sachsen beobachten können, etwas Spe-



Kleffner, Heike/Meisner, Matthias (Hg.): Unter Sachsen. Zwischen Wut und Willkommen. Ch. Links Verlag. Berlin 2017. 312 Seiten. 18,00 €. ISBN 978-3861539377

zifisches ist, oder ob es auch in anderen Bundesländer geschehen kann. Hierbei stellt sich die Frage, ob das was in dem Buch beschrieben wird, Probleme und Tendenzen aufzeigt, die auch woanders existent sind und Sachsen viel mehr eine Speerspitze der Bewegung darstellt. Von daher lohnt es sich auch für Norddeutsche, diesen Sammelband zu lesen. Wie wichtig es dennoch gewesen ist, sich ausführlich mit Sachsen auseinanderzusetzen, zeigt sowohl das Ergebnis der Bundestagswahl mit der AfD als stärkste Partei als auch die unterschiedlichen Abwehrhaltungen, die „Unter Sachsen“ hervorgerufen hat, so auch beim CDU Stadtrat Jörg Schlechte: „Dieser Dreck wird mit Sicherheit nicht in unserem Rathaus gelesen“ (Locke 2017).



Clemens Fobian

arbeitet bei basis & woge e.V. und ist Lehrbeauftragter an der HAW Hamburg und der Ev. Hochschule für Soziale Arbeit & Diakonie Hamburg.

## Ausblick

Es ist zu wünschen, dass nun eine Auseinandersetzung beginnt, in der zunächst analysiert wird und es danach zu praktischen Handlungen kommt, so dass die hier beschriebenen Bewegungen zurückgedrängt werden können. Die Bestrebungen der beschriebenen Akteur\*innen lassen nichts Gutes für die Sozialarbeit und ihre Klient\*innen erwarten. Die drei vorgestellten Bücher bieten hierfür eine gute Grundlage und sind sehr zu empfehlen. Denn „es gilt den Kampf gegen diese Entwicklung aufzunehmen. [...] Gewaltige Anstrengungen werden dafür nötig sein, denn es ist kein Naturgesetz, dass die Seite der Emanzipation gewinnt“ (Weiß 2017: 265). Ein Befund, der sicherlich zugleich Hoffnung sein und Mahnung darstellen sollte.

Auf die Errungenschaften und Werte der Aufklärung und des Universalismus bestehen und für diese kämpfen!

### Literatur:

- Ahlheim, Klaus (1993): Wider den sozialpädagogischen Gesten – Rechtsextremismus als Herausforderung an die Pädagogik. In: Janssen, M., Prokop, U. (Hrsg.): Fremdenangst und Fremdenfeindlichkeit, Frankfurt/M. 1993, S. 219-234.
- Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) (2002-2011), Deutsche Zustände. Folge 1-10; Frankfurt a.M.
- Locke, Stefan (2017): <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/buch-unter-sachsen-zwischen-wut-und-willkommen-entfacht-streit-15054106.html> (Datum: 23.10.17).
- Norddeutsche Antifragruppen (Hrsg.) (1997): „Rosen auf den Weg gestreut ...“, Kritik an der Akzeptierenden Jugendarbeit mit rechten Jugendcliquen.

# Stellungnahme gegen ein duales Studium der Sozialen Arbeit

vom Fachschäftsrat Soziale Arbeit an der HAW Hamburg

Anlass ist das aktuelle Vorhaben der Freien und Hansestadt Hamburg, einen Dualen Studiengang der Sozialen Arbeit in Hamburg einzurichten.

## Vorwort

Die Profession der Sozialen Arbeit kann auf eine lange Tradition der stetigen Weiterentwicklung seit der Gründung einer ersten Ausbildungsstätte (Soziale Frauenschule in Berlin, 1908) zurückblicken. In Hamburg lässt sich der historische Prozess der Professionalisierung von der Gründung des sozialpädagogischen Instituts (1917) bis heute gut nachvollziehen – im April dieses Jahres wurde in diesem Sinne das 100jährige Jubiläum des Departments Soziale Arbeit der HAW Hamburg gefeiert!

Nach der Befreiung vom Faschismus und in Gegnerschaft zur Deformierung der Sozialen Arbeit zur Entwürdigung, Degradierung bis hin zur Ermordung von Menschen, an der „Volkspflegerinnen und -pfleger“ auch in Hamburg mitwirkten, entwickelte die Soziale Arbeit u.a. den Anspruch einer Menschenrechtsprofession. Seit damals ist bis heute die stetige Auseinandersetzung und Reflexion der gesellschaftlichen Rolle und Verantwortung und einer entsprechenden steigenden wissenschaftlichen Fundierung der Profession zentral. Seit längerem kristallisiert sich in der Sozialen Arbeit eine Sozialarbeitswissenschaft heraus mit entsprechenden Theorien der Sozialen Arbeit, so dass die Soziale Arbeit eine eigenständige Profession und Disziplin darstellt.

International schlug sich das Engagement der Akteure der Sozialen Arbeit in einer Definition vom internationalen Zusammenschluss der Profession Sozialer Arbeit (International Federation of Social Workers) nieder: „*Social work is a practice-based profession and an academic discipline that promotes social change and development, social cohesion, and the empowerment and liberation of people. [...]*“ (1)

Die Pläne der FHH einen „dienstherreneigenen Studiengang“ (so im Koalitionsvertrag von SPD und Grünen, 2015) einzurichten, gehen an diesen historischen Auseinandersetzungen

und der Entwicklung der Profession und Disziplin, den international entwickelten Ansprüchen der Sozialen Arbeit und auch den aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen völlig vorbei bzw. torpedieren diese. Die Einführung eines Studienganges, der den Schwerpunkt auf Verwaltung im Sozialen legt und u.a. kulturell-pädagogische und wissenschaftliche Module aussortiert, würde vor dem Hintergrund der fachlichen und interdisziplinären Verengung eine Rückentwicklung der Akademisierung/Professionalisierung und der Studienbedingungen bedeuten.

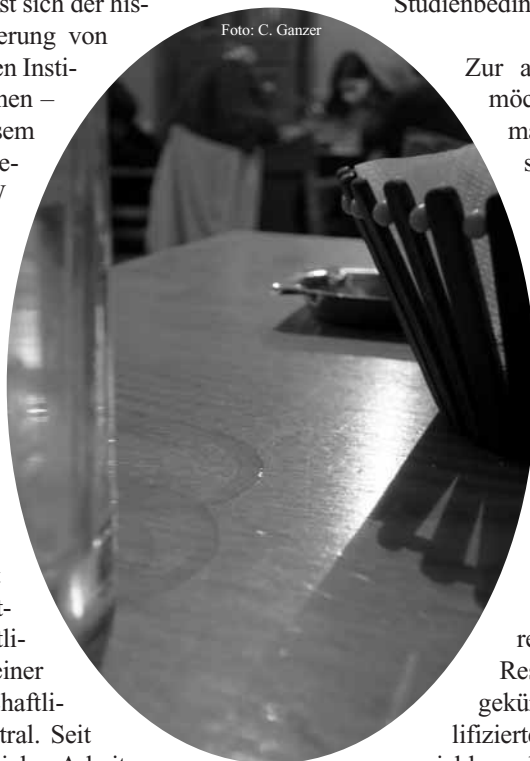


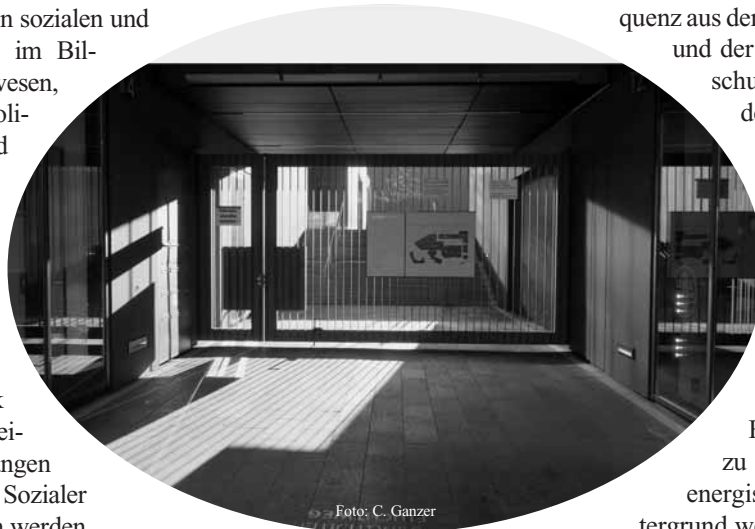
Foto: C. Ganzer

Zur angeblichen Motivation dieser Pläne möchten wir betonen, dass der Fachkräftemangel keine „Naturkatastrophe“ ist, sondern politisch erzeugt wurde. Zu den Hauptgründen zählen die Austeritätspolitik und ihre Auswirkungen. Die Soziale Arbeit ist von der Kürzungspolitik doppelt betroffen: Auf der einen Seite geht es ALLEN Menschen schlechter, wenn an Bildung, Sozialem, Kultur und Gesundheit gespart wird (Verschärfung der sozialen Ungleichheit). Es werden mehr Menschen dazu gedrängt, Hilfen der Sozialen Arbeit in Anspruch zu nehmen. Auf der anderen Seite ist die Soziale Arbeit in ihrer Qualität selbst betroffen, indem an ihren Einrichtungen, dem Personal, den Ressourcen und auch an den Hochschulen gekürzt wird und somit an der Bildung qualifizierter Fachkräfte. Auch die Weiterentwicklung der Theorien Sozialer Arbeit und deren Ausrichtung auf die aktuelle gesellschaftliche Situation kommen durch Einschränkungen in Forschung und Lehre unter die Räder. Momentan können Hochschulen mit ihren knappen Ressourcen nur knapp 7% (WiSe16/17) der eigentlich zulassungsberechtigten Studieninteressierten (gerade noch) versorgen. Spätestens an den flott mobilisierbaren Geldmengen für z.B. die versuchte Austragung der Olympischen Spiele, ein Musikpalais namens Elbphilharmonie, die Austragung des G 20 Gipfels in Hamburg (usw.!) wird deut-

Die Autonomie der Hochschulen, die Freiheit von Wissenschaft und Forschung ist eine hohe demokratische Errungenschaft.

lich: Das nötige Geld zur sofortigen Beendigung dieser sozial- und gesellschaftspolitischen Schiefen ist da – hinter den knappen Mitteln für die sozialen Aufgaben der Stadt stecken politische Entscheidungen.

Konfrontiert mit sich zuspitzenden sozialen Missständen ist die Freie und Hansestadt Hamburg (FHH) gedrängt zu reagieren, da immer mehr Menschen ihren Unmut darüber ausdrücken. Doch anstatt die Ursachen des Übels an der Wurzel anzugreifen, geht es nur um Symptombekämpfung. Auch wenn der Eindruck geweckt werden soll, die FHH würde lösungsorientiert arbeiten, verschleppt sie das Problem nur weiter, um die aktuelle Kürzungspolitik eine weitere Runde aufrechtzuerhalten. Um die Misere zu überwinden braucht es mutige und kluge Köpfe in den sozialen und kulturellen Einrichtungen, im Bildungs- und Gesundheitswesen, sowie in der Infrastrukturpolitik – und deren umfassend bedarfsgerechte Finanzierung! Das Vorhaben der FHH mit der Einrichtung des „dualen Studiengangs Soziale Arbeit“ schafft in keinem dieser Bereiche Abhilfe, sondern verstärkt die Problematik noch, da die generell unzureichenden Rahmenbedingungen im Ausbildungsbereich Sozialer Arbeit damit nicht behoben werden.



Wir lehnen diesen Studiengang gänzlich ab und möchten dafür folgende Punkte genauer ausführen:

## **Undemokratisches Vorgehen der Verantwortlichen der FHH**

Zuerst möchten wir kritisieren, wie die FHH versucht hat, ihre Pläne umzusetzen: Mitglieder des Departments Soziale Arbeit stießen „zufällig“ auf den entsprechenden Absatz im Koalitionsvertrag (S.15) und wurden so auf das Vorhaben aufmerksam. Das zeugt nicht von einem offenen, kooperativen Weg, der mit den Hochschulen eingeschlagen werden sollte.

Mitglieder des Departments Soziale Arbeit sind schon zu früheren Zeitpunkten auf die Zuständigen der FHH zugegangen, haben vor einem steigenden Problem des Fachkräftemangels gewarnt und höhere Kapazitäten für Studienplätze eingefordert. Dennoch kamen z.B. im Wintersemester 2016/17 3.163 Bewerbungen auf 200 Studienplätze (knapp 16 BewerberInnen pro Platz). Allein dieses schon lange von den Verantwortlichen der FHH hingenommene Missverhältnis reicht aus, um den Verdacht zu entwickeln, dass es nicht wirklich um eine vernünftige Antwort auf Herausforderungen in der Sozialen Arbeit und einem Fachkräftemangel geht, sondern andere po-

Mit der im Rahmen des „New Public Management“ politisch vorangetriebenen Standardisierung und Pauschalisierung ...

litische Interessen verfolgt werden. Was spräche sonst dagegen, die Ressourcen der bestehenden Studiengänge an der HAW Hamburg und der Evangelischen Hochschule für Soziale Arbeit & Diakonie zu erhöhen?

Weiter ist zu mahnen, dass die Autonomie der Hochschulen, die Freiheit von Wissenschaft und Forschung, eine hohe demokratische Errungenschaft ist – auch als Konsequenz aus der Befreiung vom Faschismus und der Gleichschaltung der Hochschulen. Alle Hochschulmitglieder, als Teil der Gesellschaft und öffentlicher Verantwortung, sollen die Inhalte von Lehre, Wissenschaft und Forschung zu Gunsten gesellschaftlicher Problemlösungen weiterentwickeln. Alle Versuche, „von oben“ in die Angelegenheiten der Hochschule hinein regieren zu wollen, weisen wir daher energisch zurück. Vor diesem Hintergrund wehren wir uns gegen die Erpressung der FHH, die Soziale Arbeit dazu zu drängen, eine Aufgabe und Funktion zu übernehmen, die das Department bereits begründet zurückgewiesen hat: An der Einrichtung des dualen Studienganges bestanden von Beginn an erhebliche Zweifel und das Department suchte die – leider nicht erfolgreiche – fachliche Auseinandersetzung mit der FHH. Die anschließende Aussage der FHH, sie würden eine Berufsakademie/„etwas Eigenes“ einrichten, wenn sich die Soziale Arbeit an der HAW weiter verschließen würde, können wir nicht anders als eine Drohung auffassen. Die FHH versucht sich damit machtpolitisch gegen vernünftige Argumente und gegen die demokratische Meinungsbildung des Departments Soziale Arbeit durchzusetzen.

## **Entfernung vom fachlichen Kern der Sozialen Arbeit**

Die Einrichtung eines Sonderstudienganges/dualen Studiums bedeutet eine Entfernung vom fachlichen Kern der Profession: Diese besteht gerade in der Breite und nicht in einer Spezialisierung und Einschränkung auf ein Tätigkeitsfeld. Damit einher geht die Entwicklung der Fähigkeit, komplexe gesellschaftliche Zusammenhänge zu durchschauen, im Alltag Handlungsperspektiven zu erkennen und in der Spezifik zu einer Lösung beizutragen.

Die Herausforderungen in der Praxis der Sozialen Arbeit, und damit auch die Entstehung und Entwicklung spezifischer Tätigkeitsfelder, sind von sozialen und politischen Entwicklungen geprägt. Es kommt auf grundlegende Fähigkeiten an, wie z.B. Entwicklungen analytisch begreifen zu können, einen eigenen Standpunkt zu entwickeln und in diesem Sinne auch gestaltend in die Praxis eingreifen zu können. Ein analytisches Verständnis z.B. der sozialen Ungleichheit und ihrer Gewordenheit ist unabdingbar, um gemeinsam die Lebensbedingungen der AdressatInnen und der Gesellschaft insgesamt verbessern zu können. Nur in Erkenntnis der eigenen und gesellschaftlichen Lage kann ein persönlicher, eingreifender Standpunkt entwickelt werden. Reduziert man diese umfassende Bildung auf das, was oberflächlich gesehen für ein bestimmtes Tätigkeitsfeld besonders passgenau gebraucht würde, geht das Verständnis von Zusammenhängen und möglichen Handlungsalternativen verloren. Ein generalistischer Ansatz ist nicht etwa „nicht mehr zeitgemäß“ o.ä., sondern, gemäß der oben erwähnten Entwicklung einer akademischen Profession, bewusster Kern der Wissenschaft und des Studiums der Sozialen Arbeit.

Studierende und AbsolventInnen der Sozialen Arbeit mit selbstbewusstem Standpunkt können „unbequem“ und kritisch gegenüber politischen Zielsetzungen sein. Das müssen sie auch: Eine wissenschaftliche Durchdringung sozialer Probleme bezieht politische Entwicklungen, also strukturelle Bedingungen der Entstehung von Problemlagen mit ein und nimmt damit eine wichtige Verantwortung für nötige sozialpolitische Veränderungen wahr. Interessenskonflikte werden benannt und damit bearbeitbar.

Vor diesem Hintergrund bewerten wir die Pläne der FHH als einen weiteren Versuch, die Inhalte, Methoden und Akteure der Sozialen Arbeit steuern zu wollen und damit als einen Versuch, sie handzahn zu machen: Mit der im Rahmen des „New Public Management“ politisch vorangetriebenen Standardisierung und Pauschalisierung Sozialer Arbeit wird versucht, Soziale Arbeit in ein Output-orientiertes Produkt zu verpacken („schneller, möglichst schematisch, billiger“). Auf eine fachlich-theoretische Herleitung von Praxis soll in diesem Sinne verzichtet werden. An die Stelle von bewusstem und hinterfragendem Handeln sollen Checklisten und Softwares treten. Standardisierungen,

... Sozialer Arbeit wird versucht, Soziale Arbeit in ein Output-orientiertes Produkt zu verpacken.



Foto: Dawn Endico\_flickr

Wissenschaftliche Qualität bedeutet, dass Studierende eine unabhängige Meinung/Haltung auf wissenschaftlicher Basis entwickeln können.

orientiert an einer aus der Industrie stammenden Logik (jüngstes Beispiel: TÜV-Siegel für das Jugendamt!) haben nichts mit Qualität, sondern mit einem Interesse an Einsparungen im sozialen Bereich zu tun. Der Sonderstudiengang ist der Versuch, diese Änderungen noch stärker zu verfolgen und zu festigen, in dem die Studieninhalte auf eine solche technokratische Logik orientiert werden. Eine solche bildungsferne Orientierung ist immer wieder und ausreichend von Praxis und Fachwelt kritisiert worden. Die Stellungnahme der LAG ASD schildert gut, welche Änderungen im ASD eigentlich nötig wären und dass das Vorhaben der FHH dagegen zu einer Verlängerung und Verschärfung der Probleme beitragen würde. (2)

An der Berufsakademie Lüneburg e.V. (mit 2 Dualen Studiengängen: BA BWL, BA Soziale Arbeit), sowie an der Dualen Hochschule Baden-Württemberg finden sogenannte Pilotprojekte für einen solchen dualen Studiengang statt (es werden sogar schon Studierende rekrutiert). Eine Betrachtung der Institutionen bestätigt unsere Kritik: Auf der Homepage der letzteren heißt es: „Als Mitglieder der DHBW wählen die Unternehmen und sozialen Einrichtungen ihre Studierenden selbst aus. Dadurch ist sichergestellt, dass die jeweiligen Studienplätze passgenau mit den am besten geeigneten Kandidaten/-innen besetzt werden“. (3) Die Nähe zur BWL, sowie eine Ausrichtung der Inhalte auf Kunden – die Arbeitgeber als Auftragsgeber – sprechen gegen eine demokratische und wissenschaftliche Orientierung in gesellschaftlicher Verantwortung.

Im Weiteren würde dieser Sonderstudiengang zu der schon vorhandenen großen Zersplitterung und unüberschaubaren Studienlandschaft der Sozialen Arbeit beitragen, welche von Wissenschaft und Praxis kritisiert wird. Auch ist zu befürchten, dass ein Sonderstudiengang für Staatsangestellte (verbeamtete!) SozialarbeiterInnen ein unfruchtbares Verhältnis zwischen öffentlichen und freien Trägern zur Folge hat. Es würde aufgrund des Status zu einer Spaltung der Beschäftigten der Sozialen Arbeit untereinander kommen sowie zu einer erschwerten Beziehung der Beschäftigten zu den AdressatInnen. Durch ihr direktes Mandat von der FHH würde sich ihr Kontroll- und Verwaltungsauftrag verstärken, die Interessen

der FHH durchzusetzen, ein Vertrauensaufbau und das Verfolgen der Interessen der AdressantInnen würde dadurch so gut wie verunmöglicht. Letztendlich beißt sich das lang entwickelte Berufsbild mit der Vorstellung von verbeamteten Beschäftigten der Sozialen Arbeit.

## Studierende und Wissenschaftlichkeit

Wissenschaftliche Qualität bedeutet nicht nur die Unabhängigkeit der Lehre und Forschung, sondern auch die Möglichkeiten der Studierenden, eine unabhängige Meinung/Haltung auf wissenschaftlicher Basis entwickeln zu können: Reflexion der eigenen Wissenschaftsdisziplin, der eigenen Rolle in einer späteren Praxis, kritikfähige Persönlichkeitsentwicklung. Eine solche akademische Bildung ist eng verknüpft mit der demokratischen Verfasstheit der Hochschule und dem Engagement in der Verfassten Studierendenschaft. Gerade diese Strukturen an einer Hochschule befördern das Entwickeln einer mündigen Persönlichkeit. Hier wird nicht nur über „den Teller- rand“ der eigenen Disziplin geschaut, die Studienbedingungen im Sinne gelingenden Studierens verbessert, Stellung bezogen zu den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen usw., sondern auch in einen kooperativen Austausch zur Praxis gegangen. Dies geschieht während der Arbeit im Fachschaftsrat, im Studierendenparlament, im AstA, sowie in der Akademischen Selbstverwaltung. In diesem Sinne sind die Beteiligungs- und Gestaltungsmöglichkeiten der Studierenden – als Mitglieder der Hochschule – kein „nettes Extra“ sondern elementare Bedingung und Teil von Wissenschaftlichkeit.

Diese Voraussetzung wissenschaftlicher Qualität findet keine Berücksichtigung und Erwähnung in den Konzepten für den „Dienstherreneigenen Studiengang“, im Gegenteil wird die Teilnahme daran erschwert. Die Abhängigkeit vom späteren Arbeitgeber schränkt bereits im Studium die freie Meinungsbildung und -äußerung ein. So engagieren sich weniger Studierende in den Gremien der Verfassten Studierendenschaft und der akademischen Selbstverwaltung. Noch mehr Zeitdruck und eine strikte Durchplanung des Studiums, sowie (befürchtete wie bestehende) Ablehnung der Selbstverwaltung seitens der Arbeitgeber sind Gründe dafür. Diese Situation der direkten Abhängigkeit schwächt bereits im Studium die Möglichkeiten der Interessenvertretung der Studierenden. Es wird strukturell nahegelegt, institutionell verengt und unreflektiert zu denken, um Konflikten aus dem Weg zu gehen.



Foto: Maik Meid\_flickr

Im Sinne der oben schon näher ausgeführten möglichen Interessensgegensätze von politischer Orientierung und fachlicher Haltung fragen wir uns: Ist diese Orientierung auf brave, unkritische (gar unterwürfige), statt aufmerksame und kritisch-mündige Studierende gewollt?

Ebenso lehnen wir die Produktion von Studierenden 1. und 2. Klasse ab, zu der es bei Einführung des dualen Studiengangs aufgrund von Verbeamtung, Bezahlung und Bestätigung der Immatrikulation nicht durch die Hochschule, sondern durch die FHH kommen würde.

## Keine soziale Verbesserung für Studierende

Bekannt ist, dass Deutschland eines der Länder ist, in dem verstärkt vom Geldbeutel der Eltern abhängt, wie die Bildungsmöglichkeiten der Kinder aussehen.

Ein Großteil der Studierenden muss neben dem Studium prekären Beschäftigungen nachgehen. Doch duale Studiensysteme sind für dieses Problem keine Lösung. Sie haben kein vordergründiges Interesse daran, Studierenden ein gesichertes Studium zu ermöglichen, sondern nutzen vielmehr die soziale Lage der Studierenden aus, um sie schon früher – passgenau – an sie zu binden. Eine umfassende soziale BAföG-Reform würde dagegen viel bewirken.

Dazu kommt: Seit der Einführung des BA/MA Systems und damit einer starken Verschulung des Studiums unter erhöhtem Leistungsdruck gibt es Untersuchungen über das Anwachsen psychischer Erkrankungen der Studierenden (siehe z.B. Gesundheitsreport der Techniker Krankenkasse 2011, 2015). Diese Komponenten sind in Dualen Studiensystemen noch verstärkt: Z.B. ist es in dem vorgelegten Entwurf vorgesehen, die gesamte vorlesungsfreie Zeit mit Praxisphasen zu füllen. Durch einen 50%igen Praxisanteil, und ein trotzdem nur 7 Semester langes Studium, müsste mehr in kürzerer Zeit gelernt werden. In diesem Sinne ist mit einem Ansteigen der Probleme zu rechnen und nicht mit einer Verbesserung von Bildungsmöglichkeiten.

Duale Studiensysteme nutzen die soziale Lage der Studierenden aus, um sie schon früher – passgenau – an sie zu binden.

Es gibt genug Ideen zur Verbesserung von Praktikum und Übergangsphase in den Beruf.

### Zu wenig Praxis, zu viel Theorie?

Wir bekräftigen, dass ein wissenschaftliches Studium nicht dazu da ist, direkt auf den Einsatz in einem spezifischen Betätigungsfeld vorzubereiten. Das generalisierte Studium bereitet mit einem exemplarischen Lernverständnis auf eine Vielzahl an Tätigkeitsfeldern vor. Es ist nicht angedacht, mit dem Studienabschluss bereits anerkannte/r SpezialistIn zu sein, im Gegenteil. Durch das angeeignete Lernverständnis und breit gefächerte Grundlagenwissen können sich die AbsolventInnen anschließend in das spezifische Arbeitsfeld einarbeiten. Die von der FHH kritisierten Einarbeitungsphasen sind demnach kein Manko, sondern eine sinnvolle historisch gewachsene Praxis. Außerdem: Im Sinne einer wissenschaftlich fundierten Sozialen Arbeit dürfen theoretischer Bezug und Praxiserfahrung nicht gegeneinander ausgespielt werden.

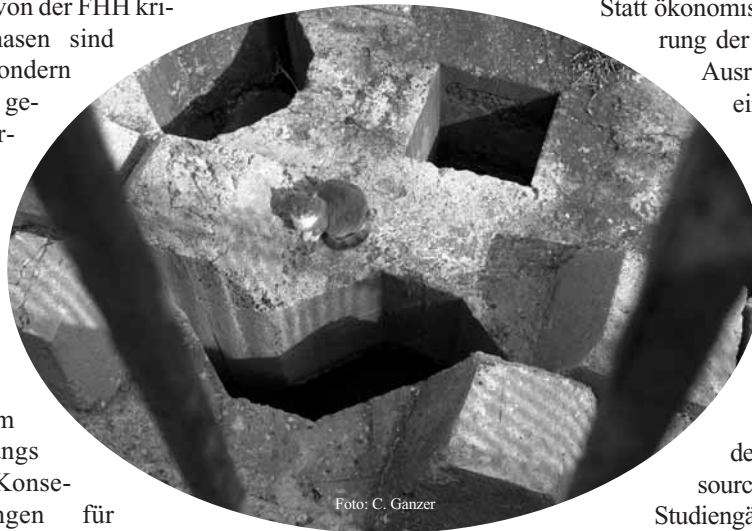


Foto: C. Ganzer

Die Vorschläge dazu im Konzept des Studiengangs der FHH würden in der Konsequenz Verschlechterungen für Theorie und Praxis bedeuten: Das Theorie-Praxis-Verhältnis ist in einem ständigen Prozess der Weiterentwicklung. Unproduktiv und stagnativ wird dieser nur, wenn die Ressourcen für die Hochschulen und für die Praxis so verknappt werden, dass diese keine Gestaltungsmöglichkeiten mehr haben. Wenn z.B. keine personellen Ressourcen für eine Einarbeitung vorhanden sind und diese somit für die Beschäftigten einen zusätzlichen Arbeitsaufwand bedeuten würde. Ebenso wenn die Praxiseinrichtungen ihren Aufgaben nur noch unter der festen Einplanung von PraktikantInnen als kostenneutralen Aushilfskräften nachgehen können. Aktuell sind die Praxisphasen an den Hochschulen von Seiten der Politik so mangelhaft ausgestattet, dass die sowieso schon prekäre Lage der Studierenden sich noch zuspitzt. Die „Aufwandsentschädigung“ wurde auf lediglich 195 € Euro monatlich zusammengedampft, gleichzeitig bleibt den Studierenden nur noch nachts und am Wochenende Zeit zum Arbeiten – wer kann so gut lernen? Es gibt genug Ideen von Akteuren der Hochschulen und Praxis zur Verbesserung von Praktikum und Übergangsphase in den Beruf. Diese sollten (auch finanziell) unterstützt, statt torpediert werden.

### Ausblick

Um die von uns angesprochenen Probleme und Herausforderungen angemessen zu bearbeiten, ergeben sich diese zentralen Forderungen:

Statt einer Verschärfung der sozialen Probleme: Streichung sämtlicher Regelungen zur Schuldenbremse und Schuldenstopp aus der Hamburger Landesverfassung (und damit die Begrenzung der öffentlichen Ausgaben auf 0,88%), damit das Parlament die Ausgaben für Soziales, Bildung, Gesundheit, Wissenschaft, Infrastruktur und Kultur bedarfsgerecht erhöhen und für entwicklungsförderliche Bedingungen für die Menschen in Hamburg (und darüber hinaus!) beschließen kann. Die genannten Bereiche dürfen nicht weiter gegeneinander ausgespielt werden.

Statt ökonomischer und inhaltlicher Steuerung der Praxis der Sozialen Arbeit:

Ausreichende Investitionen, um einen Rahmen für die Praxis und Beschäftigungsverhältnisse zu schaffen, der den Ansprüchen einer ganzheitlich orientierten Sozialen Arbeit in ihrer komplexen Auftragsgestaltung gerecht werden kann

Statt des Aufbaus eines Sonderstudienganges: Die Ressourcen der beiden bestehenden Studiengänge (HAW Hamburg, Ev. Hochschule) müssen deutlich ausgebaut

werden, ebenso müssen die Praxisstellen die nötigen Ressourcen bekommen, um PraktikantInnen gut aufnehmen zu können und neuen KollegInnen eine Einarbeitung zu ermöglichen.

Statt die Hochschulen fiskalisch motiviert zu steuern: ideelle und finanzielle Unterstützung der Verbesserungs- und Veränderungsanliegen seitens der Hochschule und damit Wahrung der Hochschul-Autonomie.

Statt behindernde, selektive Studienbedingungen: Herstellung von Rahmenbedingungen, in denen Studierende frei von existenzieller Bedrängung lernen, forschen und sich entwickeln können. Wir fordern eine umfassende soziale BA-föG-Reform, bedarfsgerechte Finanzierung des Studierendenwerkes (Essen, Wohnen etc.), die Entrestriktionierung des HmbHG's (z.B. Abschaffung der Zwangsexmatrikulation, Festlegung auf BA/MA, Verlängerung der Regelstudienzeit),

Wir fordern Achtung und Ermöglichung der Interessenvertretung der Studierenden!

# Stellungnahme gegen ein duales Studium der Sozialen Arbeit

Foto: C. Ganzer



Achtung und Ermöglichung der Interessenvertretung der Studierenden!

Statt einschränkender Praxis-Phasen: Schaffung eines Rahmens, welcher ein gutes Lernen in der Praxis befördert. Studierende müssen unbedrängt von existentieller Not, ihre berufliche Praxis (kennen)lernen und reflektieren können (faire und angemessene Bezahlung).

**November 2017**

**V.i.S.d.P.: FSR Soziale Arbeit, Alexanderstraße 1, 20099 Hamburg**

Statt die Fachlichkeit der WissenschaftlerInnen und PraktikerInnen der Sozialen Arbeit und die demokratischen Strukturen der Hochschulen zu übergehen: Achtung der demokratischen Verfasstheit der Hochschule. Echte Verbesserungen wird es nur in einem demokratischen, kooperativen Prozess zwischen Politik, Praxis und Hochschule geben!

*Anmerkungen:*


- 1) Global Definition of Social Work. Quelle: <http://ifsw.org/get-involved/global-definition-of-social-work/>. Rev. 12.12.2018
- 2) Stellungnahme der Landesarbeitsgemeinschaft Allgemeiner Sozialer Dienst in Hamburg zum Dienstherreneigenen Studiengang „Soziale Arbeit im öffentlichen Dienst“ oder neuerdings „Kommunale Soziale Arbeit“. Quelle: <http://dbsh-hamburg.de/2017/09/dienstherreneigener-studiengang-soziale-arbeit-im-oeffentlichen-dienst/>. Rev. 12.12.2018
- 3) Vorteile einer dualen Partnerschaft. Quelle: <http://www.dhbw.de/informationen/duale-partner.html>. Rev. 12.12.2018

Fachschaftsrat Soziale Arbeit  
der HAW Hamburg

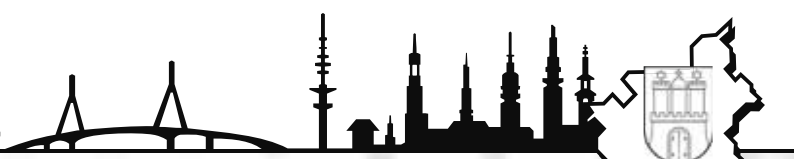


Der FSR Soziale Arbeit ist die Interessenvertretung der Studierenden der Studiengänge BA/MA Soziale Arbeit sowie BA Bildung und Erziehung in der Kindheit.  
Homepage: <https://www.fsr-basababe.de/>  
Mail: [fsr\\_sozialarbeit@haw-hamburg.de](mailto:fsr_sozialarbeit@haw-hamburg.de)

Anzeige



**Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e.V.**  
Tariffähige Gewerkschaft  
Mitglied der IFSW (International Federation of Social Workers)



**Landesverband Hamburg**  
Landesvertretung des DBSH  
Monatliche Vorstandssitzung in Barmbek

Frank Hail: 0157 - 39 61 92 95  
[info@dbsh-hamburg.de](mailto:info@dbsh-hamburg.de)  
[www.dbsh-hamburg.de](http://www.dbsh-hamburg.de)  
facebook: DBSH Landesverband Hamburg

**Junger DBSH Hamburg**  
Gruppe von Studierenden und Berufsanfänger\_innen in Hamburg  
Monatliche Aktiven-Treffen

[junger@dbsh-hamburg.de](mailto:junger@dbsh-hamburg.de)  
facebook: Junger DBSH Hamburg

**Damit nicht die durchs Soziale Netz fallen, die es knüpfen.**

# „Antidiskriminierungspolitik – Anfragen an die Soziale Arbeit“

## Rückblick auf einen Fachtag an der HAW Hamburg

von Annita Kalpaka

In Arbeitsfeldern Sozialer Arbeit sind wir mit vielfältigen Formen von Benachteiligung und Diskriminierung von Adressat\_innen konfrontiert. Manche sind leichter als solche erkennbar als andere. Das Stichwort Antidiskriminierung hat inzwischen Eingang in das Integrationskonzept des Hamburger Senats gefunden, um dem dort formulierten Ziel zu dienen: „Jede und Jeder gehört zu unserer Gesellschaft und soll uneingeschränkt an allen Bereichen des Lebens in Hamburg teilhaben können.“ (1) Nimmt man jedoch die begrenzten Mittel und Stellen zur Kenntnis, die für Antidiskriminierungsberatung zur Verfügung stehen, können Zweifel darüber aufkommen, welchen Stellenwert diese Aufgabe hat.

Auch in den Curricula von Studiengängen Sozialer Arbeit ist das Themenfeld Antidiskriminierung bzw. die Entwicklung von Handlungskonzepten und -kompetenzen für diese Arbeit oft kaum explizit verankert. Wird Antidiskriminierungspolitik als Aufgabe Sozialer Arbeit aufgefasst und wie qualifiziert das Studium dafür? Da die Themen Rassismus, Diskriminierung und Antidiskriminierungspolitik nicht so prominent in der regulären Lehre vertreten sind, verfolgen Tagungen dieser Art sowie die jährlich stattfindende Ringvorlesung „Migration macht Gesellschaft“ das Anliegen, solchen Themen im Hochschulkontext mehr Öffentlichkeit zu verschaffen und dabei den fachlichen Austausch zwischen verschiedenen Akteur\_innen zu ermöglichen.

### Fokus: Institutionelle Diskriminierung und Rassismus

Auf diesem Fachtag (2), stattgefunden am 23. November 2017, haben wir den Fokus auf Formen rassistischer Diskriminierung gerichtet. Ziel war es, Studierende mit Praktiker\_innen der Sozialen Arbeit, Expert\_innen in Antidiskriminierungsberatung und andere politisch Interessierte miteinander ins Gespräch zu bringen.

Die geladenen Referent\_innen thematisierten und analysierten Diskriminierungen im städtischen Raum und auf dem Wohnungsmarkt an verschiedenen Beispielen. Der Fokus lag dabei auf institutioneller Diskriminierung bzw. strukturellem Rassismus. Diese Perspektive ermöglicht es, Diskurse, Politiken und Praktiken staatlicher und zivilgesellschaftlicher Institutionen zu erfassen, die systematisch Ausgrenzung und Diskriminierung produzieren. Dabei müssen sich diese nicht ex-

plizit und vorsätzlich rassistischer Begründungs- und Deutungsmuster bedienen. Denn oft sind es die Routinen und Normalitätsvorstellungen in Institutionen, die die Hegemonie der Dominanzgesellschaft sicherstellen, unter anderem durch Zuschreibungen und Verfahrensweisen, die als angemessen oder wertneutral erscheinen. In wichtigen Lebensbereichen, auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt, in der Schule und im Gesundheitssystem werden Menschen mit Migrations- und Rassismuserfahrungen seit Jahrzehnten strukturell benachteiligt. Aber auch andere rassistische Praktiken werden mit

dem Begriff des institutionellen Rassismus erfasst. Dazu gehören zum Beispiel die unter dem Begriff „Racial Profiling“ gefassten systematischen, verdachtsunabhängigen Kontrollen von Menschen aufgrund ihrer vermuteten Herkunft durch die Polizei. Mit Verweis auf Racial Profiling und andere rassistisch diskriminierende Praktiken von Strafverfolgungsbehörden sowie auf institutionelle Defizite bei den Ermittlungen zu rassistisch motivierten Straftaten stellte

auch der UN-Fachausschuss zur Antirassismuskonvention (CERD, 2015) fest, dass die Bundesrepublik nicht frei vom strukturellen Rassismus ist. Allerdings taucht rassistische Polizeigewalt in der deutschen Medienöffentlichkeit nur in der Berichterstattung über andere Länder auf. Viele zeigen sich dann schockiert über Berichte aus den USA über tödliche Polizeigewalt und denken, dass das „mit uns hier“ nichts zu tun hätte. Aber Racial Profiling und polizeiliche Übergriffe gehören auch in Deutschland für viele Menschen als reale Bedrohung zum eigenen Alltag. Auch die anderen hier skizzierten strukturellen Benachteiligungen betreffen viele Adressat\_innen Sozialer Arbeit und machen die Notwendigkeit von Antidiskriminierungsarbeit deutlich. Welchen Auftrag leitet Soziale Arbeit daraus ab und welche Handlungsperspektiven werden entwickelt? Bei diesem Fachtag wollten wir die Expertise von Forschenden, Betroffenen und von Antidiskriminierungsberatungsstellen nutzen und über Bündnisse und Handlungsmöglichkeiten von Professionellen in der Sozialen Arbeit nachdenken.

### Racial Profiling

Mit Tarek Naguib konnten wir einen Referenten aus der Schweiz gewinnen, der als Jurist mit Schwerpunkt im Antidiskriminierungsrecht, sich u.a. mit Racial Profiling einge-



Foto: DIE LINKE.Landesverband BW\_flickr



hend beschäftigt hat. Tätig an der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) und Mitbegründer der Allianz gegen Racial Profiling hat er sowohl den Blick für rechtliche Dimensionen des Themas als auch die aktivistische Erfahrung, die ihm erlaubt, multiperspektivisch und intersektional auf Racial Profiling als ein soziales Problem zu schauen. In seinem einführenden Beitrag „Racial Profiling – Sicherheit um jeden Preis? – Problem und Umgang“ widmete er sich dem Thema auf Grundlage einer qualitativen Studie von 30 Interviews mit Schwarzen Menschen und People of Color, einer Analyse von Stellungnahmen von Mitarbeitenden der Polizei, sowie der Analyse des Forschungskollektivs „Rassismus vor Gericht“ und der aktivistischen Arbeiten der Schweizer Allianz gegen Racial Profiling ([www.stop-racial-profiling.ch](http://www.stop-racial-profiling.ch)). Gestützt darauf und im Lichte der Critical Race Theory – einer rechtstheoretischen Bewegung, die das Verhältnis von Rassismus und Recht untersucht – wurde ausgelotet, welche Handlungsmöglichkeiten bestehen, um Racial Profiling als strukturelles, institutionelles und personales Problem anzugehen. Ein Beispiel bezog sich auf die „Strategische Prozessführung in Menschenrechtsfragen“. Diese Intervention, verstanden als kollektive Ermächtigung, zielt darauf, in speziell ausgewählten Verfahren zu versuchen, Handlungsspielräume für grund- und menschenrechtspolitische Aktivitäten der Zivilgesellschaft zu schaffen und soziale Veränderungen anzustoßen, die z.B. zum Abbau von grund- und menschenrechtswidrigen Gesetzen beitragen können.

Beindruckend und bereichernd waren die Beiträge von einem weiteren Gast aus der Schweiz, Mohamed Wa Baile, ebenfalls Mitbegründer der Allianz gegen Racial Profiling. Anhand von Berichten über selbst erlebte verdachtsunabhängige Kontrollen ließ er uns an seinen Erfahrungen teilhaben und zeigte Handlungsmöglichkeiten auf, die er für sich im Laufe der Jahre und der wiederholten rassistischen Verdächtigungen und Kontrollen entwickelt hat. Für viele Betroffene im Publikum waren seine Diskussionsbeiträge ermutigend und empowernd. (3) Darüber hinaus wurde die kollektive Prozessbeobachtung in Fällen, in denen gegen Racial Profiling geklagt wurde, als ein Instrument dargestellt, das zur Irritation der Routinen beitragen kann. Die Prozessbeteiligten, Richter, Anwälte u.a. fühlen sich bzw. werden durch eine kritische Öffentlichkeit beobachtet. Die Analyse der Beobachtung wiederum gibt einen genaueren Einblick in die Funktionsweisen,

„Racial Profiling“ beschreibt systematische, verdachtsunabhängige Kontrollen von Menschen aufgrund ihrer vermuteten Herkunft durch die Polizei.



die zur Verschleierung von institutionellem Rassismus im gerichtlichen Diskurs beitragen und kann Anhaltspunkte für gezielte Handlungsstrategien bieten.

### Rassifizierung und Kriminalisierung von Jugendlichen im städtischen Raum

In ihrem Beitrag „Rassifizierung und Kriminalisierung von Jugendlichen im städtischen Raum“ präsentierte Schöhreh Golian Esfahani Ergebnisse einer Studie zum Racial Profiling am Beispiel des „Altona-Altstadt-Falls“. Dabei hat die M.A. Kandidatin an der Universität Hamburg polizeiliches Handeln auf seine Auswirkungen im Hinblick auf stigmatisierende Raumpolitiken untersucht und als ein Handeln, das mittels Kriminalisierung Verdrängungsprozesse im städtischen Raum in Kauf nimmt, identifiziert. Der „Altona-Altstadt-Fall“ aus dem Jahre 2013 bezieht sich auf „Schwerpunkteinsätze“ über einen Zeitraum von zwei Wochen gegen als migrantisch identifizierte Jugendliche in diesem Stadtteil. Am Abend des 11. Juli sowie in der Nacht zum 12. Juli eskalierten die Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Anwohner\_innen. Anlass des großen Polizeieinsatzes war laut Darstellung der Polizei, dass aus der Gruppe der später festgenommenen 16 Jugendlichen heraus Autofahrer\_innen mit Laserpointern geblendet wurden. Die Aussagen betroffener Jugendlicher widersprechen dieser Darstellung. Dennoch wurde die Deutung der Polizei von den meisten Medien im Wesentlichen unhinterfragt und kritiklos übernommen. Ein Viertel wurde stigmatisiert, ein Konflikt ethnisiert, Jugendliche und Jungerwachsene wurden kriminalisiert. Das Ganze wurde medial als eine „urbane Panik“ inszeniert, wobei das polizeiliche Handeln als eine legitime ordnungspolitische Intervention dargestellt wurde, während die Vorwürfe des Racial Profiling seitens der migrantischen Jugendlichen dethematisiert wurden.

### Rassistische Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt

Unter dem Titel „Die Wohnung ist leider schon vergeben – Rassistische Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt“ hat Birte Weiß, zuständig für die Antidiskriminierungsberatungsstellen „amira“ und „read“ (verikom/basis & woge e.V.) (4) und tätig im Vorstand des Antidiskriminierungsverbands Deutschland (advd), Möglichkeiten und Grenzen von Interventionen aus der Perspektive der Antidiskriminierungsberatung aufgezeigt. In diesem Beitrag wurde anhand von Beispielen erneut deutlich, wie umkämpft der Zugang zu Wohnraum, insbesondere in Städten wie Hamburg, ist. Dies hat soziale Ausschlüsse zur Folge. Hinzu kommen Handlungen und Mechanismen rassistischer Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt. Sie werden von verschiedenen Wohnungsmarktakteur\_innen auf verschiedene Weisen produziert. Bei privaten

Vermieter\_innen überwiegt die Ablehnung aufgrund von (unrechtmäßigen) Anforderungen an Deutschkenntnisse oder an die Zusammensetzung der Nachbar\_innen eines Hauses. Bei Wohnungsbaugenossenschaften oder städtischen Vermieter\_innen spielen eher strukturelle Vorgaben für die Zusammensetzung der Quartiersbevölkerung eine Rolle (Quoten). Neben Verdienstanforderungen, die zunehmend mehr Menschen nicht erfüllen können, bergen Auflagen, wie z.B. der Schufa-Nachweis, spezifische Diskriminierungsrisiken. Diskriminierung ist aber für Betroffene häufig schwer nachzuweisen, ihre Kenntnis von Diskriminierungsschutzrechten und der Möglichkeit, sie durchzusetzen zudem oft unzureichend. Es gibt bisher kaum Klagen nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz, die Wege der Rechtsdurchsetzung aufzeigen und das Bewusstsein für diskriminierende Vorgaben und Strukturen ist sehr gering. Darüber hinaus beleuchtete der Beitrag der Referentin erste Erfolge der Rechtsdurchsetzung, Handlungsmöglichkeiten für Betroffene, Anforderungen an Unterstützung und die Bedeutung einer sozialpolitischen Debatte um rassistische Diskriminierung beim Wohnungsmarktzugang aus der Perspektive der Antidiskriminierungsarbeit.

Nach den informativen und anregenden Beiträgen erfolgte ein Austausch in Gruppen an moderierten Thementischen. Der Fachtag wurde von 130 Teilnehmer\_innen besucht. Erstaunlich viele blieben auch nach den Vorträgen, um in moderierten Diskussionsrunden weiter zu diskutieren. Eine Abschlussdiskussion im Plenum mit Statements aus den Tischgesprächen im Austausch mit den Referent\_innen rundete den Tag ab.

### Verstrickungen – Handeln in Widersprüchen

Auch wenn wir für diesen Fachtag den Schwerpunkt auf Formen rassistischer Diskriminierung im öffentlichen Raum gelegt haben, richten wir den Blick nicht nur nach außen, sondern auch auf uns selbst. So lag der Schwerpunkt bei dem Fachtag 2015 auf dem Thema Diskriminierung im Handlungsfeld Hochschule. (5) Durch die Analyseperspektive ‚institutionelle Diskriminierung und Rassismus‘ konnte analysiert werden, wie institutionalisierte Routinen und Regeln, unsere alltägliche unhinterfragte Normalität, Ausgrenzungen reproduzieren und verfestigen. Diese müssen erst sichtbar und bewusst gemacht werden, ehe sie angegangen werden können. Oft werden allerdings die Begriffe Rassismus und Diskriminierung als persönliche Vorwürfe oder Zuschreibungen zurückgewiesen. Insofern geht es weiterhin auch darum deutlich zu machen, dass diese Analyseperspektive nicht dazu dient, Intentionen zu bewerten, sondern diskriminierende Wirkungen, die das Handeln oder die Regeln haben, und zwar unabhängig von Intentionen, ins Zentrum zu stellen und von da aus diskriminierende Strukturen anzugehen.

Racial Profiling und polizeiliche Übergriffe gehören auch in Deutschland für viele Menschen als reale Bedrohung zum eigenen Alltag.

Dieses Mal haben wir das Thema Racial Profiling prominent gesetzt. Das Thema kann dazu verleiten, den gemeinsamen Feind in polizeilichen Praxen zu suchen und zu finden. Unser Anliegen war es, die exemplarisch fokussierten Diskriminierungsformen in den Kontext gesellschaftlicher Verhältnisse einzuordnen, die diese Diskriminierungspraxen in vielen Lebensbereichen (im Wohnungsmarkt, Zusammenleben im Stadtteil u.a.) hervorbringen und für viele Bürger\_innen als legitim erscheinen lassen. Denn das gemeinsame Anklagen rassistischen Polizeihandelns als ‚Kitt‘ hilft nicht, langfristig trag- und handlungsfähige Bündnisse zu schließen und dabei die Handlungsmöglichkeiten Sozialer Arbeit auszuloten.



Die Dinge sind durchaus komplexer, wie uns die Debatten der letzten Jahre lehren. Erinnern wir uns z.B. an das Lob und die Dankesreden für die Polizei – quer durch Parteien und politische Lager-, die „uns“ vor „ihnen“ in der Silvesternacht dieses Mal (2016) erfolgreich geschützt hat. Dabei ging oft unter, dass im Namen präventiven Handelns Menschenrechte von „ihnen“ massiv verletzt wurden, indem präventiv kontrolliert oder gar festgesetzt wurde. Hier konnten wir auch verfolgen, wie Rassismus und Sexismus in den Argumentationen ebenfalls quer durch die politischen Lager miteinander verschränkt auftauchten. (6) Und diese Ambivalenzen und Widersprüche ziehen sich durch die Gesellschaft hindurch.

Auch am Beispiel des „Altona-Altstadt-Falls“ verlaufen die Konfliktlinien nicht nur zwischen Jugendlichen und Polizei, sondern auch mitten durch den Stadtteil und die Bewohner\_innen mit ihren unterschiedlichen Interessen und Vorstellungen des Zusammenlebens hindurch. Verständlich und notwendig, dass Professionelle sich parteilich auf die Seite der Jugendlichen stellen. Zugleich ist es für das Erfassen der komplexen Handlungssituation aber wichtig zu erkennen, dass die Polizei auch durch Anwohner\_innen den Auftrag bekam zu intervenieren. Polizeiliches Handeln entschieden zu kritisieren und seine Legitimität zu dekonstruieren ist eine der vielen Aufgaben. Es wäre wünschenswert gewesen, weitere Strategien und Handlungsmöglichkeiten von Professionellen zu diskutieren, mit dem Ziel die Jugendlichen dabei zu unterstützen, sich zur Wehr zu setzen, darüber hinaus aber auch den Auftrag an Gemeinwesenarbeit im Blick zu behalten indem sie Aushandlungsprozesse zwischen den Akteur\_innen mit ihren unterschiedlichen Interessen initiieren

und moderieren. Vor dem Hintergrund einer Realität, die mit massiven Repressionen und Kriminalisierungen von Migrant\_innen und Geflüchteten einhergeht, schien es auch im Rahmen der Tagung nicht möglich zu sein, solche reflexive Perspektiven einzunehmen und die unterschiedlichen Handlungsgrammatiken auseinanderzuhalten. Denn das parteiliche professionelle Handeln folgt anderen Aufträgen und Regeln als die aktivistische Parteilichkeit. Es erwies sich als schwierig, eigene Verstrickungen und Widersprüche im professionellen Handeln wahrzunehmen, widersprüchliche Aufträge als solche zu begreifen bzw. unterschiedliche Verständnisse von Parteilichkeit zu reflektieren und Wege zu Bündnissen jenseits von bzw. in den Widersprüchen zu suchen. Das ist eines von vielen Beispielen, in denen sich unter Professionellen zunehmend der Eindruck breit macht, sich Differenzierungen nicht leisten zu können, weil diese von der



falschen Seite instrumentalisiert werden könnten. Und das ist in der Tat alarmierend.

### Last but not least

Erst im Laufe der Vorbereitungen fiel uns auf, dass der festgelegte Termin für diesen Fachtag, der 23. November 2017, ein expliziter Gedenktag für Opfer von Rassismus ist, der Tag an dem sich zum 25. Mal der Brandanschlag von Mölln jährte, der Tag an dem 3 Mitglieder der Familie Arslan zu Tode gekommen sind. 1992: Hoyerswerda, Rostock, Mölln, Solingen ... Es gibt viele Formen und Orte des Gedenkens. Mit dieser Tagung konnten wir uns gegenseitig an das Versprechen erinnern, dass wir nicht vergessen und nicht aufhören werden, Rassismus in allen seinen Formen zu bekämpfen, dass wir weiterhin Widerstand leisten und an Gegenstrategien arbeiten wollen, gegen jeden Versuch Rassismus und rassistisches Denken auszublenden oder zu normalisieren.

#### Anmerkungen:

- 1) WIR IN HAMBURG! Teilhabe, Interkulturelle Öffnung und Zusammenhalt – Hamburger Integrationskonzept 2017 unter: <http://www.hamburg.de/contentblob/128792/4fa13860dcb7a9deb4afdfb989fc78e2/data/konzept.pdf>
- 2) Fachtag „Antidiskriminierungspolitik – Anfragen an die Soziale Arbeit. Fokus: Städtischer Raum, Racial Profiling, Wohnungsmarkt“ durchgeführt an der HAW Hamburg, Department Soziale Arbeit. Kooperationspartner\_innen: Asta der HAW-Hamburg, basis&woege e.V. und verikom e.V.
- 3) <https://www.watson.ch/Schweiz/Rassismus/180670685---Ein-Fehler-im-System-----Mohamed-Wa-Baile-und-sein-Kampf-gegen-das---Racial-Profiling-->  
<https://www.humanrights.ch/de/menschenrechte-schweiz/inneres/strafen/polizei/rassistisches-profiling-gerichtsverhandlung-praezedenzcharakter>
- 4) <http://www.basisundwoege.de/hilfe-suchen-finden/bei-diskriminierung>

- 5) Eine Dokumentation kann bestellt werden unter: <https://www.haw-hamburg.de/ws-soa/unser-department/standpunkt-sozial.html>
- 6) Mit diesem Themenfeld wird sich die Ringvorlesung 2018 eingehend beschäftigen. <https://migrationmachtgesellschaft.wordpress.com/>



#### Prof. Dr. Annita Kalpaka

lehrt an der HAW Hamburg im Bereich Fachwissenschaft Soziale Arbeit. Veröffentlichungen u.a. zur Migrations- und Rassismusforschung, Rassismustheorien, Subjekt- und Lerntheorien, rassistuskritische Bildungs- und Antidiskriminierungsarbeit.

## BJK-Stellungnahme: „Kinder- und Jugendarbeit stärken“

Anlässlich des 15. Kinder- und Jugendberichts sowie der neu konzipierten amtlichen Statistik der öffentlich geförderten Angebote der Kinder- und Jugendarbeit werden die grundlegenden Entwicklungen und Veränderungen im Feld der Kinder- und Jugendarbeit beleuchtet. Die Stellungnahme des Bundesjugendkuratoriums (BJK) zeigt auf, mit welchen, zum Teil widersprüchlichen Entwicklungen Kinder- und Jugendarbeit angesichts gesellschaftlicher Wandlungsprozesse konfrontiert ist. Zentrale Spannungsfelder und Herausforderungen werden benannt, denen sich Verbände, Einrichtungen

und Träger sowie politische und administrative Verantwortliche stärker als bisher stellen müssen.

Neben besseren Rahmenbedingungen für vielfältige Angebote sowie für die Qualifizierung von Fachkräften und jungen Ehrenamtlichen, spricht sich das BJK für eine bessere Sichtbarkeit der Kinder- und Jugendarbeit aus. Die stärkere wissenschaftliche Dauerbeobachtung des Feldes sowie ein bundesweites Netzwerk zur Stärkung der fachpolitischen Interessensvertretung seien hierfür dringend notwendig.

Die Stellungnahme steht auf [www.bundesjugendkuratorium.de](http://www.bundesjugendkuratorium.de) zum Download bereit und kann dort auch bestellt werden.

# FORUM

FÜR KINDER- UND JUGENDARBEIT



Heft 4/2016

Titelthema: Konsum SUCHT Kompetenz



Unter anderem mit folgenden Beiträgen:  
*FORUM-Redaktion:* Im Westen was Neues? Bericht vom bundesweiten Fachkongress Kinder- und Jugendarbeit 2016  
*Prof. Dr. Dr. h.c. Reinhard Wiesner:* Reform oder Rolle rückwärts?  
*Urs Köthner:* Zukunft akzeptierender Drogenarbeit  
*Ein Gespräch mit Conny Fiedler:* Zum Aufwachsen gehört Ausprobieren  
*Ein Gespräch mit Jaqueline Gebhardt:* „Auch der Ort ist Konzept“: Der Schutzraum KIDS im Bieberhaus existiert nicht mehr  
Stellungnahmen zur Besetzung der ehemaligen Räumlichkeiten des KIDS  
*Dr. Jürgen Blumenberg:* Was kommt nach der Flucht? Buchbesprechung eines Praxisleitfadens von Reinhold Gravelmann

Heft 3/2017

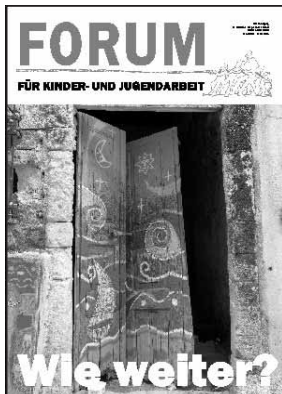
Titelthema: „Verlässlich vor Ort – KiFaZe in Hamburg“



Unter anderem mit folgenden Beiträgen:  
*Senatorin Dr. Melanie Leonhard:* Grußwort der Senatorin für Arbeit, Soziales, Familie und Integration der Freien und Hansestadt Hamburg  
*Prof. Dr. Marcus Hußmann:* „... das ist Hilfe, die einem wirklich nutzt ...“  
*KiFaZ Barmbek Basch, Gabriele Biehl:* 20 Jahre KiFaZ und 19,5 Jahre Familienhebammen – eine subjektive Sicht  
*Lea Degener und Peter Meyer:* „Kinderschutz und Kinderrechte weiter stärken“ – Bericht von der 4. Sitzung der Enquete-Kommission  
*Svenja Fischbach und das Team der Gästewohnung des ASP Wegenkamp:* Partizipation in Zwangskontexten? Ergebnisse aus Interviews mit Nutzer\*innen

Heft 1/2017

Titelthema: Wie weiter?



Unter anderem mit folgenden Beiträgen:  
*Kooperationsverbund OKJA:* Positionspapier zum Reformprozess des SGB VIII  
*Dr. Wolfgang Hammer:* Die SGB VIII-Reform: Ende oder Wende einer Erfolgsgeschichte  
*Karen Polzin:* Zur Enquetekommission der Hamburger Kinder- und Jugendhilfe  
*Dr. Peter Marquardt:* Das Kind im Mittelpunkt!  
*Prof. (em.) Timm Kunstreich:* Notizen vom und zum 4. Bundestreffen der Arbeitskreise Kritische Soziale Arbeit  
*Dr. Charlotte Kötgen:* Diagnose ADHS – Alternativen für eine Schulzeit ohne Psychopharmaka  
*Ulrich Kaulen im Gespräch mit Manuel Essberger:* Wie gehe ich als Pädagoge sicher mit Unsicherheiten um?

Heft 4/2017

Titelthema: „Fachkräfte passend produziert?“



Unter anderem mit folgenden Beiträgen:  
*Prof. Dr. Holger Ziegler:* Bilder von Fachlichkeit. Professionelle Handlungsautonomie und Steuerung in der Kinder- und Jugendhilfe  
*Lea Degener und Jorrit Schwagereck:* Gegen die Schere der Effizienz in den Köpfen! Die Verantwortung der Hochschulen für eine Repolitisierung der Sozialen Arbeit  
*Gespräche mit acht Jugendlichen aus zwei Hamburger OKJA-Einrichtungen:* Was macht aus eurer Sicht eine gute pädagogische Fachkraft aus?  
*Anne Schultz-Brummer und Sabine Kümmerle:* Mit Kindern kann doch jede\*r arbeiten, oder?!  
*Prof. Dr. Fabian Kessl:* „Präventionspolitische Nebeneffekte“ (Teil 1)

Heft 2/2017

Titelthema: „Umkämpfte Räume“



Unter anderem mit folgenden Beiträgen:  
*Dr. Moritz Rinn:* Verdrängung in der unternehmerischen Stadt. Zum Beispiel Hamburg-St. Georg  
*Moritz Frieztzsche:* Soziale Arbeit als Instrument innereuropäischer Migrationskontrolle  
*Prof. Michael Lindenberg und Prof. Tilman Lutz:* Kein Fesseln auf Antrag in der Kinder- und Jugendhilfe!  
*Prof. Gunda Voigts:* „Jugend ermöglichen“ – Kinder- und Jugendarbeit im 15. Kinder- und Jugendbericht  
*Dr. Wolfgang Hammer:* Zur Bedeutung von Freiheit und Sicherheit in Erziehung und Gesellschaft  
*Karen Polzin:* Eindrücke aus den ersten drei Sitzungen der Enquetekommission

Weitere Hefte?

Das FORUM bequem im Abo: Jetzt bestellen!



Das FORUM für Kinder- und Jugendarbeit erscheint vierteljährlich und kostet € 5,50 (bei einer Doppelausgabe: 11,00). Ein Abo kostet € 25 pro Jahr inklusive Versandkosten bei vier Ausgaben pro Jahr, für Schüler, Studierende und Erwerbslose nur € 15.

Bestellung per E-Mail an [info@vkjhh.de](mailto:info@vkjhh.de). Bitte angeben, ab welcher Ausgabe Sie beziehen möchten. Sie können Ihre Bestellung innerhalb von 14 Tagen nach Vertragsschluss schriftlich widerrufen. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.